WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

Das WZB in den Medien Nr. 21/2021

11. Februar 2021

Printmedien

„Frauenquote wirkt schon vor Inkrafttreten“
Jutta Allmendinger zitiert in: die tageszeitung, 11. Februar 2021

„WZB exzellent bei Förderung von Frauen“
Jutta Allmendinger zitiert in: Der Tagesspiegel, 11. Februar 2021

„Gerechtigkeit. Was sonst?“
Beitrag von Rainer Forst in: Die Zeit, 11. Februar 2021

„Hochschulen – Stätten der Vergangenheit oder Mobilitätslabore der Zukunft?“
Beitrag von Andreas Knie in: netzwerk n, I/2021

Online-Medien

„How Long Can Democracy Survive QAnon and Its Allies?“
Daniel Ziblatt zitiert in: NYTimes.com, 10. Februar 2021

„Ich habe das Gefühl, dass ich im Dauereinsatz bin“
Interview mit Jutta Allmendinger in: arte, 10. Februar 2021

Hörfunk/ Fernsehen

„Die Zukunft ist die öffentliche Flotte“
Interview mit Andreas Knie in: Deutschlandfunk Kultur, 11. Februar 2021

die tageszeitung vom 11.02.2021

Autor: Patricia Hecht [pat]
Seite: 7
Ressort: Inland
Seitentitel: inland
Mediengattung: Tageszeitung
Weblink: http://www.taz.de/!5751453/
[1] IVW 3/2020
[2] AGMA ma 2020 Tageszeitungen

Jahrgang: 43
Nummer: 12463
Auflage: 44.967 (gedruckt) [1] 49.170 (verkauft) [1] 49.861 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,321 (in Mio.) [2]

Frauenquote wirkt schon vor Inkrafttreten

Die Zahl der frauenfreien Vorstände in den 30 größten börsennotierten Unternehmen hat sich halbiert

Von **Patricia Hecht**

Nur noch 3 der 30 größten börsennotierten deutschen Unternehmen haben derzeit rein männlich besetzte Vorstände: Infineon, HeidelbergCement und MTU. Das teilte die überparteiliche Initiative Frauen in die Aufsichtsräte (FidAR) am Mittwoch mit. Sie strebt eine nachhaltige Erhöhung des Frauenanteils in den Führungsetagen deutscher Unternehmen an.

Unternehmen wie die DAX-30 sollen nach dem neuen Entwurf eines Quotengesetzes bald dazu verpflichtet sein, Frauen in ihre Vorstände zu holen. Seit der Verkündung der Pläne, dass bei großen börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen mit mehr als drei Vorstandsmitgliedern mindestens eines weiblich sein muss, habe sich die Zahl der DAX-30-Unternehmen ohne weibliche Vorstände damit halbiert, so FidAR. Im Oktober waren die Pläne bekannt geworden, Anfang Januar hatte das Kabinett den Gesetzentwurf für mehr Frauen in den Vorständen beschlossen, der noch im Bundestag beraten werden muss.

„Jede weitere Frau in einem DAX-Vorstand ist ein Schritt für mehr Gleichberechtigung“, sagte FidAR-Präsidentin Monika Schulz-Strelow. „Aber wir erwarten mehr: Frauenfreie DAX-Vorstände müssen endlich Geschichte sein.“ Mit Blick auf die Bundestagswahl fordere sie eine gleichberechtigte Teilhabe auf allen Führungsebenen der Unternehmen.

„Es ist erfreulich, dass Unternehmen schon jetzt handeln. Aber es ist auch offensichtlich, dass sie sich nur bewegen, weil absehbar ist, dass die Zeit des freiwilligen Handelns vorbei ist“, sagte Bundesfrauenministerin Franziska Giffey (SPD). Außenminister Heiko Maas (SPD), in dessen Haus am Nachmittag mit dem FidAR-Forum eine der größten Konferenzen für Frauen in der deutschen Wirtschaft digital stattfand, sagte: „Gleichberechtigte Gesellschaften sind sicherer, stabiler und friedlicher.“ Im Kern gehe es auch bei der Quote für Führungspositionen um die Frage, in was für einer Gesellschaft man leben wolle.

Bei dem Forum wird das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) für die Steigerung seines Frauenanteils in Führungspositionen mit dem „Public Women on Board“-Preis ausgezeichnet. Das WZB hat mit Jutta Allmendinger seit 2007 eine weibliche Präsidentin, seit 2017 außerdem eine weibliche Doppelspitze in der Geschäftsführung. Im Aufsichtsrat und Kuratorium sei der Frauenanteil zudem nachhaltig gesteigert worden, heißt es in einer Mitteilung. Mit dem WZB bekommt nach SAP und Telekom in den vergangenen Jahren zum ersten Mal eine öffentliche und wissenschaftliche Einrichtung den Preis.

„Auch hier gilt wie in der Privatwirtschaft: Frauen brauchen Vorbilder, damit sie auf ihrem langen und steinigen Weg an die Spitze durchhalten“, sagte WZB-Präsidentin Allmendinger. „Sie brauchen Frauen, die ihnen vormachen, wie das geht: sichtbar zu bleiben und sich gegen Widerstände zur Wehr zu setzen.“

Wörter: 391
Urheberinformation: TAZ Verlags- und Vertriebs GmbH
Ort: Deutschland

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

DER TAGESSPIEGEL vom 11.02.2021

DER TAGESSPIEGEL
RERUM COGNOSCERE CAUSAS

Autor: -ry [tmt79gjsonmxygp8qmxbik]
Seite: 26

Ressort: WISSEN & FORSCHEN
Rubrik: WISSEN & FORSCHEN

[1] von PMG gewichtet 10/2020
[2] von PMG gewichtet 07/2020

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 74.142 (gedruckt) [1] 96.640 (verkauft) [1] 98.527 (verbreitet) [1]
Reichweite: 0,309 (in Mio.) [2]

WZB exzellent bei Förderung von Frauen

Die Soziologin Jutta Allmendinger ist eine der prominenten Aktivistinnen, die sich für eine gesetzliche Frauenquote in Spitzenpositionen von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur einsetzen. Jetzt wird Allmendingers eigene Wirkungsstätte, das von ihr seit 2007 geleitete Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), für seine „exzellente Performance beim Frauenanteil in Führungspositionen“ ausgezeichnet. Den Public WoB-Award, den FidAR – Frauen in die Aufsichtsräte e. V. verleiht, erhielt das WZB am Mittwochabend im Auswärtigen Amt. „Die Zahlen des WZB sprechen für sich. Über 60 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Über 50 Prozent der Beschäftigten im wissenschaftlichen Bereich sind Frauen. Die Geschäftsführung ist mit zwei Frauen besetzt und hat somit einen Frauenanteil von 100 Prozent“, sagte SAP-Aufsichtsrätin Christine Regitz in ihrer Laudatio. Im Kuratorium liegt er bei 37,5 Prozent. Daran könnten sich viele Unternehmen ein Beispiel nehmen, betonte Regitz. SAP erhielt den Preis 2019, zuvor wurden Telefónica Deutschland (2017) und die Telekom (2018) ausgezeichnet. Das WZB ist die erste öffentlich getragene Einrichtung, die den Award erhält. *-ry*

Wörter: 161

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

DIE ZEIT vom 11.02.2021

DIE ZEIT

Autor: Rainer Forst
Seite: 51 bis 51
Ressort: Feuilleton
Rubrik: Feuilleton
Mediengattung: Wochenzeitung
[1] IVW 3/2020
[2] AGMA ma 2020 Pressemedien II

Jahrgang: 2021
Nummer: 7
Auflage: 482.929 (gedruckt) [1] 532.453 (verkauft) [1] 557.252 (verbreitet) [1]
Reichweite: 1,95 (in Mio.) [2]

SINN & VERSTAND DIE PHILOSOPHISCHE SEITE

Gerechtigkeit. Was sonst?

Ein Doppeljubiläum: Vor 100 Jahren wurde der Philosoph John Rawls geboren, und vor 50 Jahren erschien seine »Theorie der Gerechtigkeit« VON RAINER FORST

Eine tiefgreifende gesellschaftliche Krise wie die derzeitige produziert erhöhten normativen Orientierungsbedarf. Woran soll man sich halten, wenn nichts mehr ist, wie es war, und noch nicht absehbar ist, wie es sein wird?

Eine beliebte Antwort ist: Solidarität beziehungsweise in neuer Form Zusammenhalt. Diese geschmeidigen Begriffe haben aber ihre Tücken. Sie lassen offen, wer wie zusammenhalten soll – Alte und Junge in einer Gesellschaft oder nur die Jungen untereinander, möglicherweise über Grenzen hinweg? Die Deutschen, die EU-Bürgerinnen und -Bürger oder wer – und weshalb?

Man muss keine neuen Begriffe erfinden, um zu verstehen, dass in Zeiten, in denen wertvolle Ressourcen wie Impfstoffe, Gesundheitsversorgung, aber auch soziale Chancen und Risiken zu verteilen sind, die gute alte Gerechtigkeit die Leitwährung sein muss. Denn Solidarität ohne Gerechtigkeit ist blind. Aber welche Gerechtigkeit?

Hier bietet sich der Klassiker der neueren Philosophie der Gerechtigkeit an: die vor 50 Jahren erschienene *Theorie der Gerechtigkeit* von John Rawls, der am 21. Februar 100 Jahre alt würde (er starb 2002). Rawls' Werk gehört in die seltene Kategorie der Bücher, die schon bei ihrem Erscheinen mit Platons *Politeia* oder Hobbes' *Leviathan* in einem Atemzug genannt wurden. Wodurch war Rawls das gelungen? Er hatte das Kunststück vollbracht, eine komplexe Theorie auf der Basis eines einzigen Gedankens zu formulieren.

An die Tradition des Gesellschaftsvertrags anschließend, fordert er zu einem Gedankenexperiment auf: Kämen Menschen hinter einem Schleier der Unwissenheit zusammen, der ihnen ihr Geschlecht, ihre ethnische oder soziale Herkunft und ihre Talente und Vorlieben verbirgt, um die Grundsätze zu beschließen, die ihre künftige Gesellschaft in Bezug auf die Verteilung der wichtigsten Grundgüter leiten sollen – was würden sie wählen? Rawls gibt ihnen einige Informationen über die Natur dieser Gesellschaft mit auf den Weg sowie ein Interesse an ihrem Wohlergehen und einen Sinn für Gerechtigkeit, mehr aber auch nicht. Niemand weiß, wo und als was er oder sie landen wird, wenn sich der Schleier lüftet.

Und so schließt Rawls, dass die Parteien dieses »Urzustands« eigeninteressiert, aber risikoscheu ihre Vor- und Nachteile abwägen und zwei Gerechtigkeitsgrundsätze bestimmen würden: erstens für alle gleiche Grundrechte auf Freiheit und Partizipation und zweitens faire Chancengleichheit und die Bedingung, dass soziale und ökonomische Ungleichheiten »den am wenigsten Begünstigten die bestmöglichen Aussichten bringen« (das Differenzprinzip). Der Hauptgedanke der Konzeption von »Gerechtigkeit als Fairness« ist, dass sich die Fairness der Ausgangssituation auf die Qualität der gewählten Prinzipien überträgt; so buchstabiert Rawls den Gedanken der Gerechtigkeit als Unparteilichkeit aus. Das Gedankenexperiment zwingt die rationale Interessenkalkulation in eine allgemeine – wenn auch sehr abstrakte – Perspektivenübernahme hinein.

Dieser geniale Ansatz ist bis heute ebenso einflussreich wie umstritten. Ganze Generationen von Gerechtigkeitstheorien hat er dazu beflügelt, nachzuweisen, dass Rawls die Menschen zu Sklaven ihrer Gesellschaft mache, da er keine »natürlichen« Ansprüche auf irgendwelche Verdienste oder Besserstellungen zulässt. Andere dagegen wollten zeigen, dass die rationale Kalkulation der eigenen Vorteile die Menschen atomistisch auseinandertreibe.

An diesen Kritikpunkten ist etwas Wahres, denn so radikal, wie Rawls das Verdienstprinzip ablehnt, hat dies kaum jemand getan. Weder aus besonderen Talenten noch aus sozialen Startvorteilen lassen sich irgendwelche Ansprüche ableiten. Seine Argumentation kommt hingegen ohne die Annahme einer Sozialität aus, die den Individuen vorausgeht und sie zum Altruismus motiviert oder die Gesellschaft als große Familie betrachtet. Rawls versucht, die Betonung des Individuums mit der des Vorrangs der Gerechtigkeit zu verbinden.

Sein Werk ist oft missverstanden worden, etwa so, dass die eigeninteressierten Parteien des »Urzustands« mit den Personen der zukünftigen, »wohlgeordneten« Gesellschaft verwechselt wurden. Erstere waren kluge Egoisten, Letztere waren von einem Sinn für Gerechtigkeit geleitet, nach dem keine einzelne Person zugunsten des »größten Glücks der größten Zahl« geopfert werden dürfte. Darin bestand die Stoßrichtung der Theorie gegen den seinerzeit dominanten Utilitarismus – die heute dort relevant wird, wo es darum geht, wie viel Grundrechtsschutz für wenige die Interessen größerer Gruppen der Bevölkerung übertrumpfen kann. Wobei man bemerken muss, dass auch der Utilitarismus gern falsch verstanden wird, da er nichts mit Egoismus, viel aber mit Altruismus zu tun hat. Die wenigen sollten einsehen, dass sie sich zugunsten der vielen opfern müssen. In Zeiten des Lockdowns, der besonders vulnerable

Gruppen schützt, steht ein Rawlsscher Kantianismus wieder einmal dem Utilitarismus entgegen.

Rawls vertritt die Position, dass die schlechtestgestellte Gruppe in einer Gesellschaft ihr Veto einlegen kann, wenn sie übergangen zu werden droht. Das ist der Grund, weshalb es eine Frage der Gerechtigkeit ist, bei der Verteilung knapper Impfdosen den am meisten Bedrohten Vorrang zu geben. Dabei gilt, dass Impfstoffe zu den Gütern zählen, die allen zugänglich sein müssen und keine normalen Waren sind.

Die Radikalität der Rawlsschen Theorie liegt im Differenzprinzip begründet, das oft verkürzt wird. Denn es besagt nicht, dass die Regelung gerecht ist, die den Schlechtestgestellten »auch etwas« bringt; es fordert vielmehr, dass eine jede Ungleichverteilung von Gütern die extrem hohe Rechtfertigungsschwelle überqueren muss, nach der zu zeigen ist, dass eine Ungleichverteilung den Schlechtestgestellten mehr an Gütern einbringt als eine Gleichverteilung.

Wer das ernsthaft durchdenkt, wird sehen, dass Rawls hier etwas ausdrückt, das in der Geschichte des politischen Denkens äußerst selten ist, nämlich die Grundidee des Liberalismus (die Würde der Einzelnen als autonome, durch Rechte geschützte Individuen) mit der Grundidee des Sozialismus (die Würde der Einzelnen als frei von Ausbeutung und Marginalisierung) zusammenzudenken. Das Privateigentum an Produktionsmitteln gehört nicht zu den primären Grundrechten, und ausdrücklich hat Rawls den kapitalistischen Wohlfahrtsstaat als unzureichende Realisierung seiner Prinzipien zurückgewiesen. Denn der Sozialstaat lässt es zu, dass Menschen unter schlechten Bedingungen aufwachsen und zu niedrigen Löhnen arbeiten müssen, nur um ihnen im Gegenzug eine gewisse Kompensation zu gewähren. Das ändert an den Strukturen der Ungleichheit nichts, es zementiert sie eher. Rawls kannte seinen Rousseau und seinen Marx nicht weniger als Locke oder Kant.

Wenn heute mit Thomas Piketty und anderen über strukturelle Alternativen zur Reproduktion von Ungleichheit und über das Ideal eines »partizipativen Sozialismus« nachgedacht wird, bleibt Rawls ein wichtiger Diskurspartner, der mehr über *Strukturen* der Verteilung als über »Umverteilung« nachdenkt. Rawls' Theorie lässt nur die Alternative zwischen einem liberalen Sozialismus und einer Demokratie mit breit gestreutem Eigentum *(property-owning democracy)* zu. So ist es Rawls' bleibendes Verdienst, den Blick der Gerechtigkeit radikal gewendet zu haben: weg von individualistischen Verdienstvorstellungen, von »natürlichen« Freiheitsrechten vor Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, von Kompensationstheorien hin zu der »Grundstruktur« einer Gesellschaft, in der Menschen Teil von Familien, Schulen, Betrieben und Institutionen sind, die ihre Lebenschancen bestimmen – und die sie als Gleiche mitbestimmen sollten.

Es ist ein Irrtum, Rawls als Theoretiker der Nachkriegsepoche zu verabschieden, der den Optimismus der *Great Society* ausdrückte und nur für eine aufstrebende Mittelstandsgesellschaft sprach, die es heute nicht mehr gibt. Nie glaubte Rawls, die Gesellschaften seiner Zeit beruhten auf Konsens; dafür nahm er den Kampf der schwarzen Bevölkerung um Bürgerrechte in den USA zu ernst. Und niemals wäre es ihm in den Sinn gekommen, die amerikanische oder sonst eine Gesellschaft auch nur annähernd als »wohlgeordnet« zu bezeichnen.

Rawls verfolgte die Politik genau, und seine Theorie hat großen Einfluss auf das politische Denken ausgeübt. Aber anders als etwa Jürgen Habermas oder Ronald Dworkin war er kein politischer Intellektueller. So gut wie nie nahm er öffentlich Stellung zu politischen Fragen. Dafür gibt es zwei Gründe, und sie führen zur Person und zur Eigenart des Denkens von Rawls – und zu seinen Grenzen.

Was seine Person angeht, konnte es keinen größeren Gegensatz zwischen der weltweiten Bedeutung seines Werks und seiner Bescheidenheit geben. Vorsichtig und bedächtig sprechend, kam es nicht selten vor, dass er die Fragen des wissbegierigen Studenten notierte und sie zwei Wochen später beim nächsten Treffen in seinem kleinen Büro in der Harvard-Universität beantwortete. Man konnte sehen, wie unangenehm es ihm war, vor großen Gruppen zu sprechen. Was ihn trug und auch sein Werk prägt, war eine tiefe Überzeugung nicht nur von der gleichen Würde aller Menschen, sondern auch davon, dass es eine Anmaßung sei, hervorstechen zu wollen.

Dieses Ethos hatte er sich aus seiner protestantischen Sozialisation bewahrt, zu der die schmerzliche Erfahrung kam, dass zwei seiner Brüder an Krankheiten starben, mit denen er sie angesteckt hatte. Seinen Glauben verlor der Student, der in Princeton eine theologische Bachelorarbeit über die Sünde übersteigerter Selbstliebe verfasst hatte, während seines Kriegseinsatzes im Pazifik und als er die Nachrichten über den Holocaust erhielt. An seine Stelle trat die Überzeugung, dass die praktische Vernunft allein ausreichen muss, um zu erkennen, dass die Moral die entscheidende Richtschnur des Lebens ist und ihm Wert verleiht. Auf einer denkwürdigen Konferenz in Kalifornien entgegnete er dies dem Skeptiker Bernard Williams mit Berufung auf Kant.

Mit diesem Ethos hängen aber auch die Grenzen seines Denkens zusammen. Zum Zwecke begrifflicher und moralischer Klarheit hatte Rawls sich der in der politischen Philosophie dominanten »idealen Theorie« verschrieben, die die Begründung einer wohlgeordneten Gesellschaft in aller Stringenz durchführt. Von dort aber klafft eine beträchtliche Lücke zu den konkreten strukturellen Ungerechtigkeiten, gegen die sich emanzipatorische Kämpfe richten. Diese können sich zwar auf Rawls' Prinzipien berufen, aber sie müssen dafür eine kritische Theorie hinzunehmen, die die vielfältigen Strukturen der Beherrschung erklärt und Ansatzpunkte für Veränderungen liefert. Eine solche, normative und empirisch-analytische Elemente verbindende Theorie ist eine Aufgabe, die über Rawls' Prämissen hinausreicht.

Eine der idealen Annahmen, die Rawls, typisch für seine Zeit, machte, ist die des geschlossenen Nationalstaats. Um heute die Frage der Gerechtigkeit richtig zu stellen, ist dieser Rahmen jedoch zu überschreiten. Wir erleben gerade, dass Nationalstaaten noch immer relevante politische Größen sind, aber sie sind in einem Maße eingebunden in transnationale ökonomische Verhältnisse, von ökologischen Problematiken und Pandemien ganz zu schweigen, das neue Formen und Institutionen der Politik erfordert, die weit über staatliche Grenzen hinausgehen.

Der späte Rawls war sich dieser Probleme bewusst, aber anders als einige seiner Schülerinnen und Schüler stand er einer Globalisierung des »Urzustands« skeptisch gegenüber. Dies im Wesentlichen aus Respekt vor der kulturellen und politischen Pluralität der Menschheit. Aber die Radikalität, mit der er selbst konventionelle Grenzen des Denkens überschritt, sollten wir auch im Überschreiten seiner Grenzen beibehalten. So ehren wir einen der größten Phi-

losophen seiner, unserer Zeit.

Abbildung:	Schlauköpfe wissen: Faire Kooperation ist besser als tierischer Verteilungskampf
Abbildung:	Der Philosoph John Rawls, 1921 – 2002
Fotonachweis:	Fotos: Alana Paterson (Ausschnitt); Steve Pyke/Getty Images (r.)
Wörter:	1645

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH

Hochschulen

Stätten der Vergangenheit oder Mobilitätslabore der Zukunft?

von Andreas Knie

Verkehr. Wer hat sich dafür früher interessiert? Nur wenige. Verkehr war einfach „da“ und hat mal besser und mal schlechter funktioniert. Erst Ende der 1990er Jahre dämmerte es, dass die Zahl der zugelassenen Pkws in unkontrollierbare Höhen stieg. Erste Kampagnen des Verkehrs- und Umweltministeriums unter dem markigen Titel „Umsteigen ist cool“ oder der schon aus den 1980er Jahren stammende Slogan „Güter gehören auf die Bahn“ demonstrierten nur die immer ausweglosere Situation einer permanent steigenden Zahl von Autos. Der Platz in den Städten begann knapp zu werden, die Zahl der Staus stieg beständig an. Umweltverbände begannen aktiv zu werden und erste Ideen eines Umsteuerns zu entwickeln: „Vermeiden, verlagern, verbessern“ war lange Jahre das Mantra alternativer Konzepte. Spätestens mit der beginnenden Klimadebatte wurde es dann sozusagen amtlich, dass die Art und Weise, wie Menschen und Güter bewegt werden, nicht nachhaltig ist. In allen gesellschaftlichen Bereichen konnten tatsächlich Treibhausgas-Einsparungen realisiert werden, im Sektor Verkehr sind die Emissionen seit dem Referenzjahr 1990 praktisch gleich hoch und müssten eigentlich, wenn die völkerrechtlich verbindlich unterschriebenen Verträge von Paris ernst genommen werden, bis 2030 um 40 % sinken. Und Ideen, wie Klimagase oder Schadstoffe reduziert werden und mehr Platz für Grün und andere Verkehrsmittel geschaffen werden können, sind sehr, sehr rar.

Im Ergebnis ist die Zahl der zugelassenen Fahrzeuge bis Ende 2019 beständig um 2 bis 3 % gestiegen. Die Zahl der Fahrgäste in Bussen und Bahnen stagniert dagegen und zwar auf einem sehr niedrigen Niveau. Selbst der Anteil der Regenerativen – beim Strom werden immerhin schon rund 50 % regenerativ erzeugt – liegt im Verkehr bei unter 5 %, mit der Tendenz, noch weiter zu fallen. Wachsen tut dagegen die automobile Infrastruktur. Jeden Tag wird dazu eine Fläche in der Größe von 70 Fußballfeldern versiegelt. Es wird gebaut, als ob es kein Morgen gäbe; bestes Beispiel ist die A 100 in Berlin: mitten durch die Stadt auf der Grundlage eines Planentwurfes von 1958!

Es hat fast den Anschein, als ob die demokratische Gesellschaft fest mit dieser Art von Auto-Verkehr verbunden ist und offenkundig gar nicht ohne sie kann. Das eigene Haus, der eigene Garten und das eigene Auto waren und sind bis heute der Traum vom guten Leben und werden mit allen Mitteln der politischen Kunst unterstützt. Mit dem Auto im Kopf haben wir uns einen entfernungsintensiven und raumgreifenden Lebensstil angeeignet.

Das begann bereits in den 1920er und 1930er Jahren, als weltweit die Stadtplaner*innen damit begannen, die Zukunft der Stadt in der Zerstörung der Stadt zu sehen. Wohnen, Arbeiten und Vergnügen sollten funktional und räumlich auseinandergezogen werden. Licht, Luft, Sonne waren der Claim der Moderne und alles konnte wunderbar mit dem Auto verbunden werden. Mit einer solchen Fahrmaschine im Kopf musste auch keine Rücksicht mehr auf Bahnhöfe oder Schieneninfrastruktur genommen werden. Einfach raus, Bauen und sich niederlassen. Die Zersiedlung der Landschaft ist ein sichtbares Zeichen und die Zahl von fast 800 Autos auf 1.000 Einwohner*innen im ländlichen Raum das zählbare Ergebnis. So ist es bis heute beispielsweise selbst in Berlin noch eine Selbstverständlichkeit, ein Neubaugebiet mit 2.000 bis 3.000 Wohneinheiten ohne einen Bahnanschluss zu planen und es gilt in Deutschland ebenfalls immer noch als völlig selbstverständlich, das eigene Auto einfach auf der Straße abzustellen. In aller Regel sogar ohne zu bezahlen.

Verkehr ist als Ergebnis politischer Entscheidungen aus der Vergangenheit mit überaus mächtigen Folgen für die Zukunft zu verstehen. Planung ist geronnene Vergangenheit und alle Visionen enden spätestens beim Tiefbauamt.

Wie kommen wir da wieder raus? Wer kann Horizonte verschieben und Pferde stehlen – im Sinne von „experimentelle Wege gehen“. Wissenschaft und Forschung wären eine gute Idee, denn das ist die Aufgabe, die den deutschen Steuerzahler*innen durchaus einiges wert ist. Die Zuwendungen

für diesen Sektor sind in den letzten Jahren stark gestiegen und liegen auf Rekordniveau. Alleine das Bundesforschungsministerium gibt mehr als 18 Mrd. € aus und gemeinsam mit den Ländern wird beispielsweise der Pakt für Forschung und Innovationen mit mehreren Milliarden finanziert.

Am Geld mangelt es der deutschen Forschungslandschaft also nicht, aber warum sind bisher keine sichtbaren Akzente im Verkehr erkennbar, die die Umgebung des Labors verlassen haben und gleichsam wirksam werden konnten? Und vor allen: Warum sind die Hochschulstandorte bisher so selten selbst als „Living Labs" wahrnehmbar, die mit neuen Ideen voranschreiten? Denn immerhin sind das Experimentieren, das Suchen und Tasten im Alltagsgeschäft an Hochschulen legitimierbar – im Unterschied zu einer Kommunalverwaltung.

Forschung ist in Deutschland Teil einer sehr strengen Professionskultur. Der herrschende Stand von Wissenschaft und Technik, also das kanonisierte und legitimierte Wissen, gilt als das Maß der Dinge. Die Fachkolleg*innen und die Peers wachen mit Argusaugen, dass bei allem forscherischen Tun und bei allen Karriereplanungen dieses Wissen als die ausschließliche Referenz genutzt wird. Damit reproduziert das System Stabilität, allerdings auch eine gewisse Pfadabhängigkeit. Zu den bisher wenig diskutierten Paradoxien des deutschen Wissenschaftssystems gehört, dass Neues eigentlich ausgeschlossen ist, gar bedrohlich wirkt.

Und die Orte dieser Forschungen? Die Hochschulen? Inhaltlich sind es in aller Regel Körperschaften des öffentlichen Rechts, immer noch eingezwängt in die Logik der Kameralistik, die Universitäten und Hochschulen zu einer Pflegeaufgabe für Gemeinschaftsgüter macht, aber eben nicht für unternehmerische Dynamik. Diese ist sozusagen formal ausgeschlossen. Für den hier zu bedenkenden Kontext kommt hinzu, dass die Hochschulstandorte – fast schon eine Ironie der Geschichte – in der Mehrzahl das Ergebnis dieser raumgreifenden Verkehrspolitik sind: ausgelagert aus den Innenstädten, an den Stadtrand verbannt zu einer Art Satellitenlandschaft geformt. Hochschulen und insbesondere die angeschlossenen Kliniken sind Maschinen der Verkehrserzeugung. Die Stadt Heidelberg und das Land Baden-Württemberg möchten den Wissenschaftsstandort „im Neuenheimer Feld" mit Hochschule, Forschungseinrichtungen und Kliniken noch weiter nach draußen über den Stadtrand verschieben und wundern sich selbst, am Ende über noch mehr Straßen und Brücken nachdenken zu müssen.

Die in diesem Band versammelten Vorhaben sind das Ergebnis engagierter Menschen, die eingedenk der genannten strukturellen Bedingungen aktiv wurden und sich auf den langen und windigen Weg einer Verkehrs- und Mobilitätswende gemacht haben. Die Vorhaben verraten viel Engagement im Detail, Verhandlungen und Abarbeitungen an dicken Brettern, erste tastende Versuche in eine andere Richtung. Dies gilt es zu würdigen. Aber können es auch Beispiele einer Good Practice sein? Man ist fast geneigt mit Theodor W. Adorno zu fragen: Kann es überhaupt ein richtiges Leben im Falschen geben? Und um mit Karl Marx noch eine weitere Geistesgröße zu zitieren: Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber sie machen sie nicht kontextfrei. Wir müssen im Verkehr wieder politischer werden! Mehr die vorgefundenen und abzuarbeitenden Probleme als eine Form von geronnener Politik verstehen: Das gilt für das völlig steuerfreie Fliegen im internationalen Raum und geht über die Parkraumbewirtschaftung zur Straßenverkehrsordnung bis hin zum Personenbeförderungsgesetz. Alles sind getroffene Entscheidungen von gestern, die wieder auf die politische Agenda gehören. Und wo anders als in Hochschulen kommen so viele junge und ambitionierte Menschen zusammen, die vielfach noch frei von Zwängen und Konventionen in einer objektiven Phase des Ausprobierens sind?

Foto: David Ausserhofer

PROF. DR. ANDREAS KNIE

ist Politikwissenschaftler am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und Hochschullehrer an der TU Berlin. Am WZB leitet er zusammen mit Dr. habil. Weert Canzler die Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung". Davor war er Forschungsgruppenleiter des Teams „Wissenschaftspolitik". Im Juni 2018 übernahm er die Funktion des Head of Scientific Development (CSO) der Choice GmbH. 2006 gründete Andreas Knie das Innovationszentrums für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH (InnoZ). Darüber hinaus war er von 2001 bis 2016 Bereichsleiter für Intermodale Angebote und Geschäftsentwicklung der Deutschen Bahn AG.

NYTimes.com vom 10.02.2021

The New York Times

Autor: By Thomas B. Edsall **Mediengattung:** Online News
Ressort: Opinion
Weblink: https://www.nytimes.com/2021/02/10/opinion/democracy-qanon.html

How Long Can Democracy Survive QAnon and Its Allies?

Politicians and political scientists wonder if there are electoral reforms that might blunt the lunacy.

Has a bloc of voters emerged that is not only alien to the American system of governance but toxic to it?

"The central weakness of our political system now is the Republican Party," Daniel Ziblatt, a political scientist at Harvard, said in an interview with Vox on Jan. 13, a week after the storming of the Capitol.

"The American Republican Party looks like a European far-right party," Ziblatt continued. "But the big difference between the U.S. and a lot of these European countries is that the U.S. only has two parties and one of them is like a European far-right party. If the G.O.P. only controlled 20 percent of the legislature, like you see in a lot of European countries, this would be far less problematic - but they basically control half of it."

A central question, then, is how distant from the rest of the American electorate the voters who align themselves with the radical wing of the Republican Party are.

Rachel M. Blum and Christopher Sebastian Parker, political scientists at the Universities of Oklahoma and Washington, conducted a two-wave panel study of the MAGA movement in late December 2020 and the second half of January 2021 that was designed to answer this question and others.

They found that "at least 60 percent of them are white, Christian and male. Further, around half are retired, over 65 years of age, and earn at least $50K per year. Finally, roughly 30 percent have at least a college degree." More than 50 percent were born at a time of white hegemony, before the civil rights and women's rights movements and the sexual revolution.

Overwhelming majorities of the 1,431 MAGA supporters surveyed by Blum and Parker - from 80 to 99 percent - said they were concerned that "real Americans are losing freedoms"; "our lives are controlled by secret plots"; "unknown actors make the big decisions" and "forces are changing our country for the worse."

These MAGA supporters, who were recruited after signaling sympathy for the movement on Facebook, were rock-solid Republicans, Blum and Parker found, voting at or near 100 percent for the party's House and Senate candidates in 2018 and 2020, and for Trump last year. They are far more engaged in politics - contributing money, going to meetings and volunteering - than the average American. "By any metric, this group appears committed to the political process," Blum and Parker wrote.

Not only are these voters partisan, the authors note, but "when we asked our respondents about whether or not they agreed with Trump's fraud claims, 98 percent believed them valid."

Blum and Parker cited a Pew Research Center survey that found "75 percent of Americans believe that Trump bears at least some responsibility" for the Jan. 6 mob attack on Congress. Among all Republicans, "this figure declines significantly to 52 percent."

Blum and Parker also asked MAGA supporters whether Trump "bears responsibility for the Capitol riot." They found that "barely 30 percent of these respondents believe Trump bears any responsibility whatsoever," and, of those, more than half said Trump bears "a little" responsibility.

In contrast, they wrote, "roughly 95 percent of MAGA supporters believe Antifa - the left wing protest group - bears some responsibility for the riots," with more than 85 percent agreeing that Antifa bears "a great deal" or "a lot" of responsibility.

Along similar lines, a Washington Post/ABC News survey taken Jan. 10-13 demonstrated how the views of a majority of Republicans stand far apart from the views of a majority of Americans.

Asked if Trump has acted "responsibly" or "irresponsibly" since the Nov. 3 election, the 1002 adults polled chose "irresponsibly" by 66-30. Republicans, in contrast, chose "responsibly" by 66-29.

Are Trump's claims of election fraud "based on solid evidence?" All adults: 62 percent no, 31 percent yes. Republicans: 25 no, 65 yes.

Should Trump be "charged with the crime of inciting a riot?" All adults: yes 54, no 43. Republicans: yes 12, no 84.

What the panel studies and the Post survey suggest is that a majority of Republicans, primarily Trump loyalists and MAGA supporters, have evolved, as a core component of their conspiracy theories, a coded or a cryptic language - a set of symbols, or an almost occult "cipher," revolving around something like a secret cabal. "We are Q," read one sign at the event in Florida. "Where Go One We Go All," read another, which is the QAnon movement's revealing motto.

Using their accusations almost as a lingua franca, a way to identify the like-minded, MAGA partisans and followers of QAnon signal one another by alleging that pedophile rings seek to wrest control of government or by alleging that school shootings were staged by leftists to win passage of gun control. They evoke a world in which unknown forces pull the levers of government, where nothing is as it seems to be. Professing your belief in claims like these attests to MAGA loyalties while expressing - in an arcane, politicized shorthand - your fervent opposition to liberalism and racial and cultural change.

At the extreme, these conspiratorial views can lead to the violence and sedition of Jan. 6, which gives immediacy to the question of whether there are electoral reforms that might blunt the impact of this lunacy.

Several political scholars and strategists argue that the fault lies in our political system, that the unique way America has combined its government structure with the mechanics of its elections serves to exacerbate conflict in a deeply polarized country. These scholars have produced a variety of proposals, many involving the creation of multi-member congressional districts and the encouragement of proportional representation to replace the current single district, winner-take-all system.

Lee Drutman, author of "The Two-Party Doom Loop: The Case for Multi-

Party Democracy in America" and a senior fellow at New America, is a leading proponent of proportional representation.

In an email, Drutman contended that "a big consequence" of the reforms he and others are calling for

is that the MAGA wing would be cut loose from the rest of the G.O.P. coalition and left to operate on its own. It's certainly conceivable that there could be even a few more Marjorie Taylor Greenes and Lauren Boeberts elected, but proportional representation (PR) would also mean more Adam Kinzingers (a House Republican who is a critic of Trump) and Romney-type Republicans elected as well.

Drutman wrote that he has "come to realize how much of an existential threat the current Republican Party is to the continuation of America democracy." A two-party democracy cannot survive "for very long if one of two dominant parties gives up on the foundational institution of democracy: free and fair elections, in which all votes count equally."

In addition, Drutman wrote,

I've also come to appreciate how much democracy depends on a conservative party that believes in democracy, and thus how important it is to create electoral institutions in this moment that will allow the currently-marginalized small "l" liberal Republicans to separate from the MAGA wing of the party and still win some representation in the Congress.

Proportional representation, he argued "is the only way to break up the current Republican coalition and free the pro-democracy forces within the Republican Party to compete on their own."

What kind of parties would likely emerge under proportional representation? Drutman pointed to a separate 2019 survey by Echelon Insights, a survey research firm, that asked voters "Suppose the Democratic and Republican Parties were replaced by a new set of political parties. Which of these parties would you be most likely to support?"

The firm gave respondents five choices,

A nationalist-right party promising to "stop illegal immigration, put America First, stand up to political correctness" attracted 19 percent.

A traditional-right party, committed to "defend the American system of free enterprise, promote traditional family," won 21 percent.

A culturally liberal and globalist party with a platform committed to "advance social progress including women's rights and LGBTQ rights, to work with other countries through free trade and diplomacy, to cut the deficit, and reform capitalism with sensible regulation" gathered 12 percent.

A center-left party committed to putting "the middle class first, pass universal health insurance, strengthen labor unions, and raise taxes on the wealthy to support programs for those less well off" amassed 28 percent.

A green party with a platform calling for passage of "a Green New Deal to build a carbon-free economy with jobs for all, break up big corporations, end systemic inequality, and promote social and economic justice" picked up 10 percent.

Representative Don Beyer, Democrat of Virginia, plans to reintroduce The Fair Representation Act, which would, if enacted, put into place many of the reforms Drutman supports. Beyer wrote on his website that the measure

would move U.S. House elections into multi-member districts drawn by independent redistricting commissions and elected through ranked choice voting. The multi-member districts would be effective in states apportioned six or more seats in the House, and would elect three to five Representatives each, depending on the size of the state. Taken together, these three measures would incentivize congressional candidates to appeal to a broader range of voters.

Drutman has received both support and criticism from specialists in elections.

Gretchen Helmke, a political scientist at the University of Rochester, wrote that Bright Line Watch - a group of political scientists that conducts surveys of experts and the general public - found that there was

quite strong support among political scientists for the proposal to repeal the 1967 law mandating single member districts for the House so that states have the option to use multi-member districts on the condition that they adopt a nonwinner-take-all election model. Of the more than 500 expert respondents, 73 percent either moderately or strongly supported the proposal.

Helmke noted that

My own view has been really shaped by Lee Drutman's excellent work on this. I agree with the general critique of the median voter theorem, which has been misinterpreted to mean that two parties automatically converge toward the middle of the ideological spectrum. Obviously, we can see that this hasn't been true for American politics for several decades.

Lilliana Mason, a political scientist at the University of Maryland, praises Drutman - "the real expert on this right now" - and noted that "if it were possible, I do think such a shift would decrease polarization because it would eliminate the zero-sum nature of American politics."

In addition, Mason pointed out that

It shouldn't be overlooked that a PR system would also inevitably create some version of an explicitly white nationalist party. The big question is how many members of the current G.O.P. would join/vote for that party?

Brendan Nyhan, a political scientist at Dartmouth, wrote in reply to my inquiry: "I'm convinced by Lee Drutman's argument in his Two Party Doom Loop book that we should move in this direction."

Pippa Norris, a political scientist at Harvard who examined different levels of dissatisfaction in democratic countries in "Is Western Democracy Backsliding?" finds evidence supportive of Drutman's argument:

Parliamentary democracies with PR elections and stable multiparty coalition governments, typical of the Nordic region, generate a broader consensus about welfare policies addressing inequality, exclusion, and social justice, and this avoids the adversarial winner-take-all divisive politics and social inequality more characteristic of majoritarian systems.

Jennifer McCoy, a political scientist at Georgia State University, proposed a set of reforms similar, but not identical, to those of Drutman and Beyer:

I would prefer ranked-choice voting with some multi-member districts for state and national legislatures, and proportional representation (by state popular vote, not by Congressional district which are already gerrymandered) for the Electoral College." These, she wrote, "could all be accomplished with just legislative change, no constitutional amendments.

Along similar lines, Jennifer Victor, a political scientist at George Mason University, emailed to say that she doubts proportional representation could be enacted in this country, but

There are a number of reforms being talked about among activists, reformers,

political scientists, and other 'thought leaders' that are both feasible and would move the US toward a system that approximates a PR system.

Victor shares the view that Congress could repeal the law mandating single winner-take-all congressional districts to allow larger, multi-member districts coupled with

ranked choice voting and expanding the size of the House. These reforms can be accomplished locally, or by changes in federal law and would fundamentally change the way Congress works - in ways that are both good and bad, but where the positives outweigh the negatives.

Victor also acknowledges that such a system would allow "the most extreme anti-democratic forces now present in U.S. politics to be institutionalized." But, she continued, "that faction has always been there, even when we pretended it was gone. At least under a multiparty system it would be contained and perhaps minimized."

There is no guarantee, she notes, but it is possible that

By creating institutions that give anti-democratic factions legitimacy, they can be controlled and marginalized, rather than pretending they don't exist and allowing them to overcome the dominant systems.

Other political experts question the effectiveness, feasibility and benefits of multi-member districts and proportional representation.

Stephen Ansolabehere, a political scientist at Harvard, said by email that "a PR system would be political suicide for the parties." Why, he asked, "would either party - let alone both - want to change?"

This idea, Ansolabehere, "is not going anywhere. Good armchair speculation but it has no political support."

Bruce Cain, a political scientist at Stanford, raised another set of issues:

The first question to ask when considering a reform proposal is what problem are you trying to solve? If you are interested in making it easier for the center left and center right to enter into a governing coalition, then PR might be the solution.

But, he continued,

It would come at a cost: more government instability as potential coalition allies jockey over cabinet posts, a particular issue or a budget item. It would also give the far ends of the political spectrum continuous formal representation in the political system. The Trumps could more easily realize their goal of becoming the Le Pens of America.

More important, Cain argues,

If the reform goal is to end polarization and limit populism, institutional tinkering is probably not the answer: the roots of these problems lie more deeply in economic, racial and cultural divisions exacerbated by social media, globalization and automation.

The very fact that there is considerable disagreement within the ranks of political scientists, a center-left constituency, suggests that prospects for major reforms of the election system by Congress are not good.

The key question is whether the formation of an angry and virulently discontent base of MAGA voters in the Republican Party - spreading obscurantist, cultish pseudo-politics - will push the long-term problems of polarization past a tipping point, threatening even more dangerous levels of disruption to the political system.

If growing numbers of citizens and elected officials reach that conclusion, the odds could change, as more voters and politicians join John Carey, a political scientist at Dartmouth, in the view that

The MAGA wing would certainly win representation if we moved to multiple-winner elections. Of course, they win a lot already - and arguably hold some Republican legislators who might prefer to move toward the center hostage via primary threats. The bet on multi-winner is that the relative gains of moderates would outstrip those of extremists. It's a bet I'd make, but still a bet.

The Times is committed to publishing a diversity of letters to the editor. We'd like to hear what you think about this or any of our articles. Here are some tips. And here's our email: letters@nytimes.com.

Follow The New York Times Opinion section on Facebook, Twitter (@NYTopinion) and Instagram.

PHOTO: (PHOTOGRAPH BY Shannon Stapleton/Reuters FOR THE NEW YORK TIMES)

Fotograf:	Chip Somodevilla/Getty Images
Wörter:	2690
Urheberinformation:	© The New York Times Company

© 2021 PMG Presse-Monitor GmbH